

Immer wieder Deutschland

Geschichtsrevisionismus, Kapitalismus, Imperialismus, Ukraine

In Europa, in der Ukraine ist Bürgerkrieg. Eine der treibenden Kräfte ist die Hegemonialmacht des kapitalistischen Zentrums EU-Europa: die Bundesrepublik Deutschland. Für Ressourcen und aufgrund der geostrategischen Bedeutung des umkämpften Landes geht wieder einmal eine deutsche Regierung über Leichen. Tausenden, Beteiligten und Unbeteiligten, kostete die militärische Eskalation der Gewalt bereits das Leben.

Der Konflikt in und um die Ukraine ist auch Ausdruck der innerimperialistischen Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Zentren EU-Europa und USA. Vordergründig nützt die militärische Eskalation und der damit verbundene Konflikt mit der russischen Regierung in erster Linie den USA. Diese versucht schon lange, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, um sie dem Einfluss Russlands dauerhaft zu entziehen. In der Vergangenheit wurde dies durch die deutsche Regierung blockiert.

Da die BRD innerhalb EU-Europas den Ton angibt, zielte ihre Politik in erster Linie auf eine ökonomische Durchdringung der Ukraine mittels eines Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und dem kapitalistischen Zentrum EU-Europa. Die Ukraine soll zum ökonomischen und geostrategischen Hinterland der EU werden. Das Assoziierungsabkommen hätte in Konkurrenz zu ukrainisch-russischen Freihandelsvereinbarungen gestanden. Dass die ukrainische Regierung Ende November 2013 auf Druck der russischen Regierung das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU platzen ließ, durchkreuzte die Pläne des deutschen Imperialismus. Die EU-freundlichen Teile der ukrainischen Opposition und Protestbewegung sollten beeinflusst und für die eigenen imperialistischen Ziele instrumentalisiert werden.

Die Destabilisierung der Ukraine lag auch deswegen im Interesse EU-Europas und der USA, da sich in der Ukraine ein wichtiger Teil der Fertigungskette für russische Rüstungsgüter befindet. Ukrainische Rüstungsfirmen liefern z. B. Gasturbinen für russische Kriegsschiffe, Motoren für russische Kampfhubschrauber und zentrale elektronische Teile für russische Atomraketen.¹

Faschisten gewannen schnell die Hegemonie bei den Platzbesetzer_innen des Maidan. Sie besetzten nach dem Sturz der Regierung Schlüsselpositionen in der neuen Regierung und stellten den Vize-Premierminister, den Verteidigungsminister, den Landwirtschaftsminister, den Umweltminister, den Generalstaatsanwalt und den Chef des nationalen Sicherheitsrates.²

Dass diese Entwicklung für die an Russland orientierte Mehrheit der Bevölkerung in den östlichen und südöstlichen Gebieten der Ukraine eine existenzielle Bedrohung darstellte, musste jedem und jeder klar sein.

Inzwischen tritt die deutsche Regierung als vermeintlicher Vermittler im Bürgerkrieg und zwischen den neuen Machthaber_innen in der Ukraine und der russischen Regierung auf. Sie handelt so wie sie handeln muss, sie verfolgt in erster Linie die Interessen des deutschen

Kapitals. In der innerimperialistischen Konkurrenz und Arbeitsteilung kommt ihr die Rolle der Verhandlungsführerin aufgrund ihrer Macht als ökonomisch stärkste Nation innerhalb EU-Europas zu.³

Ökonomische Interessen sind die Triebfeder imperialistischer Strategien von Staat und Kapital. Die durch den Zwang zur Profitmaximierung bedingte Ausweitung der Produktion im Kapitalismus macht es für das Kapital notwendig, sich immer neu Rohstoffquellen, Absatzmärkte und mögliche Produktionsstandorte zu erschließen. Karl Marx stellte fest, dass dem Kapital in bestimmten Phasen die »Öffnung neuer Märkte, neuer Sphären der Kapitalanlage [...] infolge neu entwickelter gesellschaftlicher Bedürfnisse« gelingen kann.

Die technologische Entwicklung erlaubt es, die Bedürfnisse neu zu definieren, allerdings nur im Rahmen des Zwangs zur Profitmaximierung. Es kann sich dabei auch um die Inwertsetzung des Reproduktionsbereiches, der Freizeit der Lohnabhängigen und oder dem Luxusleben der Bourgeoisie handeln.

Zeitweise kann so Kapital akkumuliert werden, ohne dass der damit verbundene Zuwachs an Produktivität zu Krisen führt. In solchen Phasen steigt die Nachfrage nach Arbeitskraft. Das kann zu steigenden Löhnen und zu einem höheren Konsums der Lohnabhängigen führen.

Das Kapital kann nur verkaufen, was auch gekauft wird. Weil die Verwendung zusätzlicher Produktivität im Kapitalismus nicht geplant werden kann, sondern sich in anarchischen Bahnen bewegt, bleibt der »Aufschwung, den Anlage suchende Zusatzkapitale [...] der allgemeinen Arbeitsnachfrage« geben können, oft aus und die Arbeitslosigkeit, die »industrielle Reservearmee« nimmt zu.⁴ Das ist eines der unlösbaren Grundprobleme kapitalistischer Produktion.

Karl Marx beschreibt die Entwicklung der Kolonisation ausgehend von der kapitalistischen Akkumulation:

»Sobald aber das Fabrikwesen eine gewisse Breite und einen bestimmten Reifegrad gewonnen hat, sobald namentlich seine eigne technische Grundlage, die Maschinerie, selbst wieder durch Maschinen produziert wird, sobald Kohlen- und Eisengewinnung wie die Verarbeitung der Metalle und das Transportwesen revolutioniert, überhaupt die der großen Industrie entsprechenden allgemeinen Produktionsbedingungen hergestellt sind, erwirbt diese Betriebsweise eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet. Die Maschinerie bewirkt einerseits direkte Vermehrung des Rohmaterials [...]. Andererseits sind Wohlfeilheit des Maschinenprodukts und das umgewälzte Transport- und Kommunikationswesen Waffen zur Erobrung fremder Märkte. Durch den Ruin ihres handwerksmäßigen Produkts verwandelt der Maschinenbetrieb sie zwangsweise in Produktionsfelder seines Rohmaterials. [...] Die beständige »Überzähligmachung« der Arbeiter in den Ländern der großen Industrie befördert treibhausmäßige Auswanderung und Kolonisation fremder Länder [...]. Es wird eine neue, den Hauptsitzen des Maschinenbetriebs entsprechende internationale Teilung der Arbeit geschaffen [...].«⁵

Die Überakkumulation von Kapital, das nach weiterer Verwertung verlangt, führt zwangsläufig dazu, dass die eigenen nationalen Grenzen dem expandierenden Kapital zunehmend zu eng werden. Der Konzentrationsprozess des Kapitals geht tendenziell damit einher, dass gewaltsame Lösungen der krisenhaften Situation den eigenen Wirtschaftsraum erweitern sollen.

Ein die Importe überschreitender Warenexport und der Kapitalexport sind wesentliche Merkmale des Imperialismus. Hinzu kommen geostrategische Interessen wie zum Beispiel die Sicherung von Transportrouten für importierte Rohstoffe und exportierte Waren. Imperialistische Regierungspolitik ist die Umsetzung der Expansionsziele des Kapitals durch den ideellen Gesamtkapitalisten, den Staat. Da verschiedene Kapitalfraktionen unterschiedliche Interessen verfolgen und es zwischen den Institutionen des Staatsapparates und bestimmten Kapitalfraktionen immer auch zu Widersprüchen kommt, ist das Kapitalinteresse nie 1:1 identisch mit dem, was die staatlichen Vertreter_innen politisch beim Regieren umsetzen. So schaden die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen Kapitalfraktionen, die in Russland profitable Geschäfte machen, z. B. dem Maschinenbau.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verschärfte sich die territoriale Expansion der kapitalistischen Zentren. Im Zusammenhang mit den dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkenden Ursachen schreibt Karl Marx über den Weltmarkt: »Soweit der auswärtige Handel teils die Elemente des konstanten Kapitals, teils der notwendigen Lebensmittel, worin das variable Kapital sich umsetzt, verwohlfeilert, wirkt er steigernd auf die Profitrate, indem er die Rate des Mehrwerts hebt und den Wert des konstanten Kapitals senkt. [...] Ebenso ist die Ausdehnung des auswärtigen Handels, obgleich in der Kindheit der kapitalistischen Produktionsweise deren Basis, in ihrem Fortschritt, durch die innere Notwendigkeit dieser Produktionsweise, durch ihr Bedürfnis nach stets ausgedehntem Markt, ihr eigenes Produkt geworden.«⁶ Die eroberten und/oder ökonomisch durchdrungenen Gebiete sind zunächst Teil der ursprünglichen Akkumulation, in der die kapitalistischen Eroberer hauptsächlich Rohstoffe raubten. Sie werden mit der fortschreitenden kapitalistischen Produktion zu Absatzmärkten und billigen Produktionsstätten.

Nach Lenins Imperialismustheorie wurde die Konkurrenz des Frühkapitalismus eingebunden bzw. überführt in den monopolistischen Kapitalismus, die Herrschaft der Monopole. Das Bankkapital verschmilzt mit dem Industriekapital und dieses verschmolzene Kapital wird zur treibenden Kraft hinter der imperialistischen Expansion. Bei der gemeinsamen aggressiven Suche von Konzernen und Banken bleibt auf Dauer kein Ort der Welt verschont.

Begründet war und ist der Imperialismus in den ökonomischen Notwendigkeiten der Kapitalverwertung der kapitalistischen Zentren. Diese ergeben sich aus der Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfs der kapitalistischen Zentren untereinander, durch drohende und tatsächliche Wirtschaftskrisen, die durch die dem Kapitalismus immanente Tendenz zur Überproduktion verursacht werden. Von existentieller Bedeutung sind daher die Sicherung von Absatzmärkten, Interessengebieten und Rohstoffquellen. Außer Fertigwaren wird jetzt auch Kapitalexport in die Kolonien betrieben. Die restlose Aufteilung der Welt beginnt, als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die industrielle Revolution nach Frankreich, Holland und Großbritannien auch das Deutsche Reich, Japan und die USA erreicht und Englands relative Macht im internationalen System abzunehmen beginnt.

Diese kapitalistische Expansion durchdringt und prägt die Gebiete des Trikont⁷ intensiver als der Handelskapitalismus, indem sie die jeweilige Ökonomie aktiv der kapitalistischen Produktionsweise und dem Weltmarkt unterwirft. Der Produktionsprozess internationalisiert sich immer stärker und macht in einem viel höheren Maß eine aktive Beteiligung des Staates erforderlich, die sich in der Anfangsphase des Imperialismus vor allem auch militärisch ausdrückt.

Auf die Raubzüge der ursprünglichen Akkumulation, die den Handelskapitalismus prägte, folgt die Phase der sogenannten freien Konkurrenz. Noch ist kein Kapital so stark, dass es den Markt monopolistisch beherrschen könnte. In dieser Phase ist das Verhältnis zwischen

den kapitalistischen Zentren und der kapitalistischen Peripherie hauptsächlich geprägt vom Warenimport und Warenexport. Mit dem zunehmenden Konzentrationsprozess des Kapitals erreicht der Handel eine neue Dimension, da nun von den kapitalistischen Zentren nicht nur Konsumgüter als Gegenleistung für Nahrungsmittel und Industrie-Rohstoffe geliefert werden, sondern auch durch Auslandskredite und Kapitalanlagen finanzierte Investitionsgüter ihren Weg in die peripherisierten Regionen nehmen.

Zum Warenexport tritt der Kapitalexport, zum Handelsmonopol der Zentren kommt die finanzielle Abhängigkeit der Peripherie und die Unmöglichkeit, sich eine eigene industrielle Basis aufzubauen. Die Kolonien und informell beherrschte, wirtschaftlich durchdrungene Gebiete haben dabei bestenfalls die Möglichkeit, statt eines eigenen Kapitalstocks die ihnen geraubten Werte durch bei den kapitalistischen Zentren geliehenes Kapital zu ersetzen. Die Möglichkeit, Kapital außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zu verwerten, bremst einerseits das Akkumulationstempo und damit den tendenziellen Fall der Profitrate in den kapitalistischen Zentren. Andererseits werden dadurch hohe Profite aus den Kolonien abgeschöpft, so dass ein Teil der Extraprofite zur Befriedung der Arbeiter_innenklasse in den kapitalistischen Zentren verwendet werden kann.

Der Kampf zwischen den imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Märkte, Gebiete und Einflussphären mündet in zwei vom deutschen Imperialismus ausgelöste Weltkriege, 1914 und 1939.

Auf dem derzeitigen Weltmarkt und in den Beziehungen zwischen Zentren und peripherisierten Ländern, insbesondere in deren inneren Konflikten, lebt noch vieles aus der »klassischen« Phase des Imperialismus fort, wenngleich die Kolonialimperien als solche zerfallen sind und die Abhängigkeitsstrukturen zwischen kapitalistischen Zentren und kapitalistischer Peripherie sich verändert haben. Die offene imperialistische Gewalt wird durch nationale Befreiungsbewegungen zurückgedrängt und die schon immer vorhandene ökonomische Abhängigkeit tritt offener zutage. Mit dem Ende des offenen Kolonialismus in den 1960er Jahren entstehen die formal unabhängigen Staaten des Trikont.

Die veränderte Lage der Welt nach dem Zerfall der Sowjetunion macht auch ein direktes militärisches Engagement in den ehemaligen Kolonien, heute insbesondere in Afrika, wieder möglich. Die Regierungen der imperialistischen Staaten versuchen, die Folgen der Verheerungen, die die imperialistische Politik angerichtet hat, nunmehr mit neuen Kriegseinsätzen zu korrigieren. Auch Deutschland versucht auf diesem Wege Einfluss in afrikanischen Ländern zu nehmen. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die damit verbundenen Einschränkungen der imperialistischen Handlungsfähigkeit schloss diese Einflussnahme jahrzehntelang aus.

Das Kapital braucht verlässliche, möglichst großräumige Verwertungsmöglichkeiten. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnen Vertreter des deutschen Kapitals Pläne zu schmieden, wie ihm entweder militärisch oder durch Zollunionen mit anderen Ländern ein solcher Großraum geschaffen werden könnte. Das erklärte Ziel war dabei zunächst Großbritannien den Rang als Weltmacht streitig zu machen. Der rasante wirtschaftliche Aufschwung des US-Kapitals und die Expansion der USA ließen dann einen europäischen Zusammenschluss notwendig erscheinen, der auch England miteinschloss, um den Aufstieg der USA zur Weltmacht zu verhindern.

Im Zusammenhang mit dem Sieg im von der preußischen Regierung provozierten Krieg gegen Frankreich 1870/71 vereinigten sich die Staaten des Norddeutschen Bundes unter Führung Preußens mit den süddeutschen Kleinstaaten zum deutschen Kaiserreich.

Davor war die kapitalistische Entwicklung durch die Kleinstaaterei und die aufgrund einer fehlenden bürgerlichen Revolution noch vorherrschenden feudalen Strukturen gehemmt. Die Reichsgründung 1871 und die der französischen Regierung abgepresste Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Goldfranc befeuerten den wirtschaftlichen Aufschwung der verspäteten industriellen Entwicklung in Deutschland in der sogenannten Gründerzeit.⁸ Gleichzeitig wurde in Paris mit der nur durch die preußische Unterstützung ermöglichten mörderischen Zerschlagung der Pariser Kommune, der erste Versuch, gesellschaftliche Elemente des Kommunismus praktisch werden zu lassen, von französischen Truppen im Blut der Kommunard_innen erstickt.

In den frühen imperialistischen Überlegungen der Kapitalfraktionen spielten große, ohne Zollschränken miteinander verbundene Wirtschaftsräume bereits eine große Rolle. Während das vor allem aus den rheinisch-westfälischen Grundstoffindustrien stammende, schwerindustrielle Kapital seine Expansions- und Annexionsabsichten eher nach Westeuropa richtete, propagierte das vor allem von Elektro- und Chemiekonzernen getragene, sogenannte neuindustrielle Kapital eine sogenannte Mitteleuropa-Konzeption.⁹ Diese zielte auf die Unterwerfung Südosteuropas bzw. ganz Osteuropas unter das Diktat des deutschen Kapitals, die Schaffung eines Großwirtschaftsraums bis zu den Grenzen Russlands und auf das Herausbrechen von Ländern aus der russischen Einflussphäre bis in den Kaukasus hinein.¹⁰

Wesentlich bei diesen unterschiedlichen Zielsetzungen war, was die jeweiligen Kapitalisten für ihre Branchen als Vorteil sahen und was sie machtpolitisch und militärisch für möglich hielten. Während des NS-Faschismus führte die fortschreitende Verschmelzung der Kapitale zu Großkonzernen zur Annäherung ihrer Vorstellungen über die beste imperialistische Strategie Länder zu erobern und deren Bevölkerungen zu unterwerfen.¹¹

Entgegen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die bezüglich der politischen Systeme, die in Deutschland im Zusammenhang mit dem Scheitern der beiden großangelegten militärischen Expansionsversuche des 20. Jahrhunderts aufeinander folgten, absolute Kontinuitätsbrüche behauptet, muss eine materialistische, politökonomische Geschichtsanalyse die Kontinuitäten in der Verfolgung der imperialistischen Interessen der bestimmenden Kapitalfraktionen betonen. Imperialistische Interessen schufen das deutsche Kaiserreich und seine aggressive Außenpolitik führte in den Ersten Weltkrieg. Mit diesem Krieg sollte dem deutschen Kapital eine ökonomisch stark verbreiterte Basis geschaffen und Deutschland zur Weltmacht werden. Das Scheitern dieses mörderischen Versuchs, Europa einschließlich Russlands den Interessen des deutschen Kapitals direkt zu unterwerfen, zwang die Herrschenden in der Weimarer Republik zu einer Formveränderung des politischen Auftretens, weniger aggressiv und verhandlungsbereit.

Die imperialistische Zielsetzung aber war nicht gebrochen. Und in der Unterstützung des NS-Faschismus sahen führende Vertreter_innen des Kapitals die Chance, ein zweites Mal zu versuchen, die Weltmacht militärisch zu erzwingen. Schon in den Kriegszielen des Ersten Weltkriegs, von Strategen des Kapitals formuliert, lassen sich Vorstellungen von Massendeportationen, großräumigen Umsiedlungen von Bevölkerungsgruppen und einem Zwangsarbeitslagersystem finden.¹²

Nach der verheerenden Niederlage im Ersten Weltkrieg rechtfertigte das Kapital in der Weimarer Republik seine aggressiven expansiven Interessen mit dem sogenannten ethischen Imperialismus, vergleichbar heutigen Legitimationen imperialistischen Handelns. In einer Denkschrift formulierte es Prinz Max von Baden so: »Will der deutsche Imperialismus dem Ansturm der Demokratie mit ihrem Anspruch auf Weltverbesserung Stand halten, so

muss er sich ethisch fundamentieren.«¹³ Die zuvor relativ offen als Expansion benannten und ökonomischen begründeten Ziele werden in der Propaganda der gemäßigten Bourgeoisie zu Menschenrechtsforderungen wie »Minderheitenschutz«, »Selbstbestimmungsrecht«, »Gleichberechtigung« und »Gerechtigkeit«.¹⁴ Der »ethische Imperialismus« war auch eine Folge der Beseitigung des Kaisers und der Einführung einer bürgerlichen Demokratie, einer Republik, nachdem die Novemberrevolution von 1918 durch die konterrevolutionäre Zusammenarbeit von wesentlichen Teilen der SPD mit den reaktionären Freikorps gescheitert war.

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg war ein schwerer Schlag für die imperialistischen Ambitionen des deutschen Kapitals. Es musste sich mäßigen, um die schrittweise Revision der Regelungen des Versailler Vertrages zu erreichen. Im Westen blieben linksrheinische Teile des Deutschen Reiches als Sicherheitspuffer bis 1930 besetzt. Das Deutsche Reich musste Reparationen in Form von Sachleistungen und Geld leisten. Die Reparationen belasteten die deutsche Wirtschaft. Sie schmäleren die Profitmasse. Ebenso zwangen die Reparationen die deutschen Regierungen, in den USA Kredite aufzunehmen, um die Reparationsleistungen an Frankreich und Großbritannien zahlen zu können. Die Reichswehr war durch die Vorgaben des Versailler Vertrages sowohl von der Größe als auch von der Ausstattung her zur Angriffsunfähigkeit zusammengeschrumpft. Im Osten gingen dem deutschen Reich durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages und mit ihnen zusammenhängenden Volksabstimmungen große Gebiete und Bevölkerungsteile verloren.

Die Industrieproduktion war auf den Stand von 1888 zurückgeworfen. Die Gebietsverluste betrafen zum Teil die wichtigsten Produktionsstandorte und ressourcenreichsten Gebiete. 26 Prozent der Steinkohleförderung sowie 44 Prozent der Roheisen- und 38 Prozent der Stahlproduktion stammten aus den Gebieten, die das deutsche Reich entsprechend der Bestimmungen des Versailler Vertrags an die Siegermächte abtreten musste. Trotz einer zum Teil krisenhaften Entwicklung in den 1920er Jahren kam es bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 zu einem wirtschaftlichen Aufschwung im Deutschen Reich. 1927 war das Vorkriegsniveau der Produktion wieder erreicht und die Kapitalkonzentration schritt schneller voran. Beispiele dafür waren 1925 die Fusion der Chemiekonzerne BASF, Bayer, Hoechst und AGFA zur IG Farbenindustrie AG und 1926 der Zusammenschluss der Konzerne Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, der Rheinische Stahlwerke AG, Thyssen und der Rheinelbe Union zur Vereinigte Stahlwerke AG.¹⁵ Die Vereinigte Stahlwerke AG war einer der größten Konzerne weltweit. Der vereinigte Konzern hatte einen Anteil von 40 Prozent der deutschen Stahl-, 20 Prozent der deutschen Eisen- und 20 Prozent der deutschen Steinkohleproduktion.¹⁶

Unter anderem Gustav Stresemann fiel als Kanzler 1923 und als Außenminister von 1923 bis zu seinem Tod 1929 die Aufgabe zu, insbesondere mit der US-Regierung darüber zu verhandeln, die Bestimmungen des Versailler Vertrages abzumildern. Aufgrund der innerimperialistischen Konkurrenz zwischen den USA, Frankreich und Großbritannien war dies vor allem was die Reparationsverpflichtungen des Deutschen Reiches anging sehr erfolgreich.

Einen Teil der Kriegskosten Frankreichs und Großbritanniens hatte die USA finanziert. Die französische Regierung und die Regierung Großbritanniens wollten die sogenannten interalliierten Kriegsschulden loswerden, andererseits konnten sie die deutschen Reparationszahlungen für ihren Schuldendienst an die USA verwenden. Diesen Zusammenhang konnten die deutschen Verhandlungsführer nutzen. Sie erreichten 1931/1932, dass der in Aussicht gestellte Verzicht der US-Regierung auf die Zahlung der interalliierten Kriegsschulden mit der Beendigung der Reparationsverpflichtungen

des Deutschen Reiches zugunsten der französischen und britischen Regierung einherging. Die US-Regierung hatte kein Interesse daran, dass die französische und britische Regierungen nach dem Ende ihrer Zahlungsverpflichtungen deutsche Reparationen zur Aufrüstung ihres Militärs innerhalb der innerimperialistischen Konkurrenz nutzen konnten und wollten die Frage der interalliierten Kriegsschulden dabei als Druckmittel für Abrüstungsverhandlungen, die zeitgleich in Genf stattfanden, verwenden.

Auf der Konferenz von Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1932 in Lausanne erließen die französische und britische Regierungen dem Deutschen Reich die Reparationen und kündigten einseitig die Bedienung ihrer eigenen Schulden bei den USA. Diese Niederlage der US-Regierung war auch das Ende der Abrüstungsverhandlungen in Europa.¹⁷¹⁸

Die Zeit, in der die deutschen Regierungen bereit waren, die Reparationen zu leisten, diente auch dazu, das Deutsche Reich wieder als respektierten Teil der internationalen Gemeinschaft zu etablieren.¹⁹ Als kleiner Partner der USA hätte das deutsche Kapital sich mit nach Osten und/oder Westen gerichteten Freihandelsvereinbarungen akzeptable Verwertungsbedingungen schaffen können, so schien es einige Jahre. Nicht zuletzt mit der Weltwirtschaftskrise seit 1929 verlor die Option, mit dem Freihandel auf dem Weltmarkt funktionierende und konkurrenzfähige Großwirtschaftsräume zu schaffen, an Überzeugungskraft. Die abgesehen von dieser Krise positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der damit zusammenhängende Konzentrationsprozess des Kapitals eröffnete die Möglichkeit, die Expansionsinteressen des deutschen Kapitals nicht in kleinen Schritten auf dem zähen Verhandlungsweg, sondern mit einem großen Schlag militärisch durchzusetzen.

Gleich nachdem das Ende der Reparationen in Aussicht war, begannen die reaktionärsten Kräfte, auch die in den 1920er Jahren angehäuften Auslandsschulden des Deutschen Reiches in Frage zu stellen und die bis dahin trotz entsprechender geheimer Pläne nicht verwirklichte Wiederaufrüstung in Angriff zu nehmen.

In dieser Gemengelage gewannen die Kapitalfraktionen die Oberhand, die Krieg zur Eroberung fremder Länder und Märkte einsetzen wollten. Sie bereiteten stillschweigend bis stürmisch dem NS-Faschismus und seiner auf einer Vernichtungslogik beruhenden Expansionsstrategie den Weg. Das Großkapital unterstützte die NS-Faschisten mit großzügigen Spenden.

Was auf jeden Fall breite Zustimmung bei den unterschiedlichen Kapitalfraktionen fand, war die Aussicht, dass die NS-Faschisten den ideellen Gesamtkapitalisten, den Staat, einsetzen wollten, um die Arbeiter- und Arbeiter_innenbewegung und ihre Organisationen zu vernichten.²⁰

Die NS-Faschisten, für die bei ihrem ganz Europa umfassenden Eroberungskrieg die Ausdehnung des Deutschen Reiches nach Osten entscheidend war, erzielten nach dem Überfall auf Polen und den an ihn anschließenden Krieg im Westen schnelle militärische Erfolge. Im Siegestaumel der sogenannten Blitzkriegserfolge spielten zwischen 1939 und 1941 kolonial-imperialistische, auf Afrika abzielende Fantasien einiger politischer Vertreter_innen des NS-Regimes und Kapitalisten – je nach Branche unterschiedlich – eine gewisse Rolle. Sie gingen davon aus, die Kolonien der vermeintlich besiegten Länder Frankreich, Belgien und Holland als »kolonialen Ergänzungsraum« zu dem in Europa geschaffenen »Großwirtschaftsraum« einfach übernehmen zu können.²¹ Angesichts der für den NS-Faschismus bedrohlichen militärischen Erfolge der Roten Armee im Herbst 1941 mussten alle Überlegungen hinsichtlich eines möglichen Kolonialbesitzes in Übersee sofort fallen

gelassen werden.²² Hitler selbst hielt die Eroberung von Kolonien in Übersee von vornherein für ein veraltetes Konzept.²³ Ihm ging es um einen »Lebensraum« für sein »Volk ohne Raum«, den er in Osteuropa einschließlich Russlands durch völkermörderische Entvölkerungs- und Umsiedlungsprogramme schaffen wollte.²⁴ In den im Osten eroberten Gebieten nahmen die der Wehrmacht folgenden SS-Einsatzgruppen, die überwiegend aus Mitgliedern der Waffen-SS bestanden, die Umsetzung der rassistischen Mordvorgaben vor allem unter der jüdischen Bevölkerung bei jedem Landgewinn sofort in Angriff.²⁵

Die Eroberung von Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Flächen für die damit unterversorgten deutschen Bäuer_innen war für Hitler der erste Schritt, die Vorbedingung für eine Modernisierung des deutschen Kapitalismus. Nur so meinte er, dass Deutschland mit der US-Produktion mithalten konnte.²⁶ Der Lebensraum im Osten sollte für deutsche Auswander_innen freigeräumt werden. Teil dieser Absichten war der Einsatz der Bevölkerung im Osten als billige Arbeitssklav_innen.

Das wäre eine Grundlage gewesen vergleichbar der der USA bei ihrem Aufstieg zur unangefochtenen Weltmacht. Sklav_innenarbeit, zusammenhängender Großwirtschaftsraum, riesige landwirtschaftliche Flächen und Rohstoff- und Energieressourcen im eigenen Land waren entscheidend. Die sich tendenziell im Zerfall befindlichen Kolonialreiche Großbritanniens und Frankreichs konnten mit der dadurch angestoßenen wirtschaftlichen Entwicklung der USA nicht mehr mithalten und Großbritannien verlor seine Weltmachtstellung.

Während und nach der Befreiung vom NS-Faschismus durch die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition (USA, Großbritannien, Sowjetunion/UdSSR, Frankreich) gab es bei den Regierungen der beteiligten Staaten verschiedene Vorstellungen, was mit dem in Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland gemacht werden sollte.

Als gemeinsames Ziel der Westalliierten kristallisierte sich zunehmend heraus, die Kohle-Stahl-Kartelle, den IG-Farben-Konzern und die Großbanken kapitalismuskonform zu zerschlagen, und die Macht der Konzerne einzuschränken.

Die staatlichen Vertreter_innen der Besatzungsmächte, die zeitweise die Funktion eines ideellen Gesamtkapitalisten ausübten, arbeiteten darauf hin, den kapitalistischen Verwertungsprozess insbesondere in Frankreich und in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Gang zu bringen. Ihr Handeln war beeinflusst von und konfrontiert mit einem klassenkämpferischen Selbstbewusstsein der Lohnabhängigen in wichtigen Branchen, insbesondere im Bergbau und den Eisen und Stahl produzierenden Betrieben im Ruhrgebiet.

Im März 1947 war die so genannte Truman-Doktrin aufgestellt worden, nach der es die Pflicht der USA war, die so genannte Freiheit des Kapitalismus weltweit gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Die Vertreter der kapitalistischen Zentren befürchteten, dass Deutschland kommunistisch werden könnte und dies einer Signalwirkung für ganz Europa gleichkommen würde.²⁷ Um diese Gefahr und die Ausbreitung der sowjetischen Einfluss-sphäre abzuwehren bzw. einzudämmen, wurde der Marshall-Plan entworfen. Er bestand aus finanziellen Hilfen der USA, die den Wiederaufbau Westeuropas unterstützten und außerdem dazu dienen sollten, dem US-Kapital Exportmöglichkeiten für die frei gewordenen Produktionskapazitäten des Rüstungssektors auf dem europäischen Markt zu schaffen.²⁸

Bei der geplanten Stärkung insbesondere Frankreichs und Deutschlands in der antikommunistischen Frontstellung gegen die Sowjetunion, konnten die USA auf die

Produktionskapazitäten der deutschen Montanindustrie, die die größten in Europa waren, nicht verzichten.

Daher wurde die ursprüngliche US-Politik der Zerschlagung und Demontage der deutschen Kartelle aufgegeben.

Die Montanunion kann als Entwicklung eines Kompromisses zwischen den französischen Interessen nach einer Internationalisierung des Ruhrgebietes und den US-Interessen eines einheitlichen, aber kontrollierten westdeutschen Wirtschaftsgebietes angesehen werden.

Im Zusammenhang mit dem antikommunistischen Stabilisierungsprogramm für die kapitalistische Produktionsweise in Deutschland und in Westeuropa ab 1946/1947 kam der Schwerindustrie eine entscheidende Rolle zu.

Die britische Regierung verzichtete auf eine Beteiligung an der Montanunion, und damit auf ihre bis dahin ausgeübte Kontrolle des Ruhrgebietes, um die eigene Schwerindustrie vor ausländischen Eingriffen zu bewahren.

Der 1949 gegründeten BRD ging es in erster Linie um weitgehende nationalstaatliche Souveränität und das Abwerfen des Besatzungsrechts. 1947 war das deutsche Kapital in den Westzonen aus seiner anfänglichen Defensive gegenüber dem Besatzungsregime endgültig herausgekommen.

Die Vertreter_innen der deutschen Seite mussten im Interesse des deutschen Kapitals den nationalen Zugriff auf nationale Ressourcen so weit wie möglich sichern und erreichen, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrechterhalten wurden.

Mit der Bildung der Montanunion gelang es dem deutschen Großkapital nach dem Zweiten Weltkrieg, einerseits die weitgehende Zerschlagung der Konzerne zu verhindern, und andererseits, den Wechsel zurück zu verhandlungsorientierten imperialistischen Expansionsstrategien zu vollziehen. Gleichzeitig wurden weitgehende Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen verankert als Ventil für die Vergesellschaftungsforderungen in breiten Teilen der Gesellschaft.

Beim Aufbau der BRD als kapitalistischer Frontstaat gegen den drohenden Weltkommunismus kam es in den 1950er Jahren mit Hilfe der Sozialdemokratie zu einem weiteren Angriff auf den nicht zur Anpassung bereiten Teil der Lohnabhängigen. Das KPD-Verbot sollte die revolutionäre Arbeiter_innenbewegung erledigen.

Die KPD wurde schon vor dem Verbot, seit 1951, durch die politische Justiz verfolgt. Betroffen war auch die Bewegung um die KPD herum. Zu »kriminellen Vereinigungen« nach § 129 erklärt und verboten wurden:

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als Jugendorganisation der KPD, die Ausschüsse für die »Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages« des Jahres 1951, der »Hauptausschuß für Volksbefragung«, das »Deutsche Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands«, die »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen« und die »Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft«.²⁹

Der sozialdemokratisch dominierte DGB zwang alle kommunistischen Gewerkschafter_innen und Betriebsräte, sich schriftlich von der gewerkschaftskritischen Position der KPD zu distanzieren. Die KPD hatte bestimmten Gewerkschaftsführern vorgeworfen, sie versuchten »die Gewerkschaftsorganisationen in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen, sie an

der Rüstungsproduktion zu beteiligen«. Zum Teil mussten auch andere Distanzierungs-
erklärungen von der Politik der KPD unterschrieben werden. Tausende von Kommunis-
t_innen, die sich weigerten, wurden aus ihren Gewerkschaftsfunktionen entfernt.³⁰

Die Regierung Adenauer verfolgte das Ziel, dem deutschen Kapital einen souveränen,
so weit wie möglich handlungsfähigen Nationalstaat zu schaffen. Dazu gehörte auch
eine nationale Armee. Der einzige Weg, die Wiederbewaffnung in absehbarer Zeit zu
erreichen, war die Einbindung der künftigen deutschen Armee in ein antikommunistisches
Militärbündnis. Die Pläne für eine Wiederbewaffnung lösten Anfang der 1950er Jahre
Massenproteste aus. Die Idee einer europäischen Armee scheiterte am Einfluss des
antifaschistischen Widerstands linker und gaullistischer Abgeordneter im August 1954
im französischen Parlament. So blieb die Beteiligung der BRD am imperialistischen
Militärbündnis NATO.

Bereits am 23.10.1954 wurden die »Pariser Verträge« unterzeichnet, mit denen unter
anderem das Besatzungsregime in der BRD beendet und die Aufnahme der BRD in den
Brüsseler Vertrag (militärischer Beistandsvertrag) und die NATO vertraglich geregelt wurde.
Die BRD musste allerdings in einer Erklärung auf die Herstellung von ABC-Waffen auf ihrem
Gebiet verzichten.³¹

Am 9. Mai 1955 wurde die BRD als gleichberechtigtes, 15. Mitglied in die NATO
aufgenommen³² und wurde so in den antikommunistischen Militärblock integriert.
Anschließend wurde am 7. Juni 1955 das zivile »Amt Blank«, das die Remilitarisierung
vorangetrieben hatte, zum Bundesministerium für Verteidigung umgewandelt.³³

Die sechs Mitgliedsstaaten der Montanunion verhandelten über weitgehende Kooperationen.
Die am 25. März 1957 unterzeichneten »Römischen Verträge«, die am 1. Januar 1958 in
Kraft traten, umfassten die »Europäische Atomgemeinschaft« (Euratom) und die
»Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« (EWG). Mit dem Euratom-Vertrag verfolgte die
BRD das Ziel, mit Hilfe der zivilen Förderung der Atomenergie auch dem anvisierten Besitz
bzw. der Verfügung über Atomwaffen näher zu kommen.

Von 1954 bis 1970 existierte eine Grauzone, die Bundesregierung hatte »freiwillig« den
Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen erklärt. Franz Josef Strauß verhandelte,
zunächst als Atomminister, dann als Verteidigungsminister, zwischen 1957 und 1958 mit
Kenntnis Adenauers im Geheimen mit dem französischen und dem italienischen
Außenminister über den Bau einer gemeinsamen Atombombe, was erst 31 Jahre später
öffentlich bekannt wurde.³⁴ Für Frankreichs Regierung bot die Option, mit der BRD
zusammen die Atombombe zu entwickeln, die Möglichkeit Druck auf die US-Regierung
auszuüben, um von dort atomare Unterstützung zu erhalten. Gegen Adenauers Ziele der
Atombewaffnung der BRD kämpfte die größte Oppositionsbewegung der 1950er Jahre, die
Kampagne »Kampf dem Atomtod«.³⁵

»Am 25. März 1958 beschloss der Bundestag die atomare Aufrüstung der Bundeswehr.
Innenpolitisch gab die deutsche Bundesregierung als NATO-Wunsch aus, worauf sie
selbst innerhalb der NATO permanent drängte: die nukleare Bewaffnung der BRD.« (Jutta
Ditfurth)³⁶ Mit der erneuten Wahl des 1946 zurückgetretenen Charles de Gaulles 1958
erledigten sich die Geheimverhandlungen über die gemeinsame Atombombe, da für de
Gaulle eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit der BRD ausgeschlossen war.

Außerdem drängte das Atomkapital in der BRD auf die Unterzeichnung des Atomwaffen-
sperrvertrags durch die BRD, um freie Fahrt für ihr angeblich ziviles Atomprogramm zu

erhalten. Der bereits am 28. November 1969 von der SPD/FDP-Bundesregierung unterschriebene Atomwaffensperrvertrag wurde am 20. Februar 1974 vom Deutschen Bundestag ratifiziert, erst nachdem das Verhältnis zwischen Euratom und der Internationalen Atombehörde (IAEO) durch ein Kontrollabkommen geklärt worden war, das die an Euratom Beteiligten weitgehend von direkten Kontrollen durch IAEO-Inspektor_innen freistellte.³⁷

Die Beteiligung der SPD an der großen Koalition in den sechziger Jahren ermöglicht die Durchsetzung der Notstandsgesetze 1968. Sie sind ein Mittel zur Aufstandsbekämpfung und dienen als Garantie, die parlamentarische Demokratie aushebeln zu können, wenn es nötig ist, die imperialistischen Ziele des Kapitals gewaltsam gegen die Lohnabhängigen im eigenen Land durchzusetzen.

Mit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der als atomare »Nachrüstung« verharmlost wurde, und der Stationierung der gegen die UdSSR gerichteten US-amerikanischen Pershing-II-Atomraketen in der BRD ab 1983, wurde deren Rolle als imperialistischer Vorposten gestärkt.³⁸

Mit der Annexion der DDR erlangte die BRD 1990 formal die volle Souveränität.

Die Exportoffensive seit den 1970er Jahren diente als bevorzugtes imperialistisches Mittel, um die USA ökonomisch überholen zu können. Sie wurde forciert durch die SPD/Grünen-Regierung zwischen 1998 und 2005, mit ihrer menschenverachtenden Standortlogik und ihrem sozialen Terror im Interesse des deutschen Kapitals durch die sogenannte Agenda 2010.

Die kulturelle Revolte der APO hatte Auschwitz in das Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung gerückt. »Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg« hatte zur Stärkung antimilitaristischen Denkens und zur Verlangsamung militärischer Aufrüstung geführt.

Ein wesentlicher Bruch mit diesem antimilitaristischen Denken war der von der SPD/Grünen-Bundesregierung mitgeführte Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg führte Deutschland wieder einen Angriffskrieg. Außenminister Joseph Fischer begründete dieses mit den Verbrechen des NS-Faschismus. Es sei deutsche Pflicht, einen angeblichen Völkermord in Jugoslawien zu verhindern. Damit relativierte er Auschwitz.

Diese Argumentation war der Durchbruch. Imperialistische Interessen des deutschen Kapitals konnten wieder mit Krieg durchgesetzt werden. Die volle imperialistische Handlungsfähigkeit muss vor allem auf ideologischer Ebene rekonstruiert werden. Eine Rechtfertigung mit der Verletzung von Menschenrechten lässt sich fast immer finden.

Die Zurückhaltung, die dem deutschen Imperialismus aufgrund seiner besonderen Verbrechen auferlegt war, konnte aufgegeben werden. Wo ökonomische und geostrategische Interessen es erfordern und es militärisch machbar ist, ist die Bundeswehr bei der Durchsetzung dieser Interessen dabei und führt Krieg.

Ohne die Atombombe fehlt Deutschland allerdings die volle imperialistische Handlungsfähigkeit. Die Lösung dafür wäre eine europäische Armee.

Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP dienen dazu, die Märkte entsprechend der Interessen des stärksten nationalen Kapitals auszuweiten. Die Hoffnung, als Juniorpartner kapitalistischer Zentren sich selbst ökonomisch weiterentwickeln zu können, und die

Interessen exportorientierter Branchen bringen die Regierungen in Ländern der kapitalistischen Peripherie dazu, sich den Freihandelsabkommen anzuschließen.

Gesamtkapitalistisch sind die immer weiter um sich greifenden Freihandelszonen der Versuch, die kapitalistische Krise durch weitere ökonomische Verflechtung im Interesse des großen Kapitals in den Griff zu bekommen.

Auch wenn die Wirtschaft weltweit weiter wächst, ist die Weltwirtschaftskrise nicht überwunden. Denn das Wachstum von weltweit etwa 3,3 Prozent ist im Vergleich zu den etwa 5 bis 6 Prozent vor der Krise verhältnismäßig gering.³⁹ Dass das derzeitige Wachstum der Weltwirtschaft nicht ausreicht, den mit der kapitalistischen Produktion verbundenen Produktivitätszuwachs in ausreichendem Maß aufzunehmen, zeigt sich an der weltweit steigenden Arbeitslosigkeit, die fast 30 Millionen über dem Stand von 2008 vor dem Durchschlagen der Krise liegt. Nach einem Höchststand von 197,9 Millionen im Jahr 2009 und nach einem leichten Rückgang um 4 Millionen in den Jahren 2010 und 2011 ist sie stetig gestiegen und wird 2014 voraussichtlich einen Höchststand von 206 Millionen Lohnabhängigen erreichen.⁴⁰ Diese Daten spiegeln nicht die kapitalistische Realität wider. Die Statistik, mit der die Arbeitslosigkeit in Ländern erfasst wird, die über staatlich geregelte Strukturen des Umgangs mit den Arbeitslosen verfügen, ist nur ein relatives Indiz für die Aufwärts- oder Abwärtstendenz, die die kapitalistische Entwicklung in einem bestimmten Zeitraum hat. Hunger und Tod von Millionen Menschen, die nicht in die Statistik eingehen, sprechen eine deutlichere Sprache über Arbeit und ein Einkommen wenigstens zum Überleben.

Die BRD geht bisher gestärkt aus der Weltwirtschaftskrise hervor, da es den deutschen Regierungen gelungen ist, die Krisensymptome nach außen ins südliche und südöstliche Europa zu verlagern. Der ökonomischen Stärke des deutschen Kapitals konnte die Weltwirtschaftskrise nicht zuletzt aufgrund der kurzzeitigen Unterstützungsleistungen des ideellen Gesamtkapitalisten, des deutschen Staats, bisher nicht viel anhaben.

Trotz eines nur geringen Wachstums ist die wirtschaftliche Lage in der BRD stabil. Die offiziell zugegebenen Arbeitslosenzahlen halten sich in von der Bevölkerung akzeptierten Grenzen. Die Zahl der Beschäftigten ist dabei so hoch wie nie, was an der Aufteilung vieler Arbeitsplätze in Teilzeitbeschäftigungen liegt. Immer mehr Lohnabhängigen mit flexiblen Teilzeitbeschäftigungen, befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeitsverträgen und Verträgen bei Werkvertragsfirmen und ein ausgedehnter Niedriglohnsektor sind eine wesentliche Voraussetzung für die außergewöhnliche Steigerung der Profite des Kapitals.

Bei ihren Versuchen, die volle imperialistische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, setzen die deutschen Regierungen auch auf militärische Kooperationen, die Elemente einer künftigen, unter deutscher Hegemonie befehligten, EU-Armee vorwegnehmen sollen. Ein Beispiel ist seit Mitte 2014 die Unterstellung der Fallschirmjäger der 11. Luftbeweglichen Brigade der Niederlande unter das deutsche Kommando der »Division Schnelle Kräfte«. Diesen auf verdeckte Operationen und Aufstandsbekämpfung spezialisierten Einheiten der Bundeswehr gehört auch das »Kommando Spezialkräfte« (KSK) an.⁴¹ Mit der Vereinbarung werden etwa 2100 niederländische Soldat_innen der Befehlsgewalt der Bundeswehr unterstellt.⁴² Auch die Panzertruppe der Bundeswehr soll demnächst ein niederländisches Kontingent befehligen.⁴³ Eine ähnliche militärische Kooperation unter deutscher Führung soll zwischen der deutschen und der polnischen Marine auf den Weg gebracht werden, die bis zu einer gemeinsamen Überwachung der Ostsee reichen soll.⁴⁴

In der innerimperialistischen Konkurrenz innerhalb des kapitalistischen Zentrums EU-Europa soll damit auch ein deutsches Gegengewicht geschaffen werden zu der von der US-Regierung unterstützten Militärkooperation zwischen Frankreich und Großbritannien, die im November 2010 im Zusammenhang mit Kriegseinsätzen in Afrika entstanden war.⁴⁵

Bereits seit 30. August 1995 gibt es das I. Deutsch-Niederländische Korps in Münster.⁴⁶ 2015 übernimmt die Bundeswehr turnusgemäß das Kommando der seit 2004 geschaffenen schnellen Eingreiftruppe der NATO, der »NATO Response Force« (NRF). Das Deutsch-Niederländischen-Korps soll der Kern einer vorläufigen schnellen Eingreiftruppe werden. Die spätere »Very High Readiness Joint Task Force« (VJTF) soll innerhalb von 2 bis 5 Tagen an jedem Ort der Welt in Konflikte militärisch eingreifen können und dabei bis zu 13 000 Soldat_innen mobilisieren können. Bisher braucht die NRF dafür 30 Tage.⁴⁷

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar/Anfang Februar 2014 forderten sowohl Bundespräsident Joachim Gauck, als auch SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier und CDU-Kriegsministerin Ursula von der Leyen entgegen der Meinung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung mehr Bereitschaft zu deutschen Kriegsbeteiligungen. Gauck propagierte, die historische Schuld Deutschlands solle nicht länger Grund für Zurückhaltung sein, und kritisierte ein zu geringes Tempo beim militärischen Engagement des vereinten Deutschlands: »Auf dem Weg zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.«⁴⁸

Frank-Walter Steinmeier formulierte es in seinen »Thesen« so:

»1. Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen.
2. Die Übernahme außenpolitischer Verantwortung muss immer konkret sein. [...]
4. Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.«⁴⁹

Auch bei Ursula von der Leyen mischen sich »ethische« mit Herrschaftsansprüchen: »[...] Krisen und Konflikte betreffen jeden, der sich verantwortlich fühlt für internationale Stabilität. Und diese Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden. Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall. [...] Aber es bedeutet, dass wir die Verpflichtung und die Verantwortung haben, unseren Beitrag zu einer schrittweisen Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte [zu] erbringen. Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option, weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht.«⁵⁰

Mensch sieht, dass die politischen Vertreter_innen der kapitalistischen Interessen beim Reden immer noch eine gewisse diplomatische Vorsicht walten lassen. In den gedruckten Verlautbarungen imperialistischer Ziele steht es zum Teil schon deutlicher. Bereits in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wird die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im

Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« als eines der »vitalen Sicherheitsinteressen« der deutschen Politik genannt.⁵¹

Die Äußerung von Peter Struck im Februar 2002 »Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird heute auch am Hindukusch verteidigt«⁵² ist nicht das blöde Geschwätz eines SPD-Kriegsministers im Einsatz. Sie hat sinngemäß ihren Niederschlag auch in den von der SPD/Grünen-Bundesregierung verfassten Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 gefunden: »In den VPR wird der Definition von Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr ein bestimmtes, weites Verständnis von Verteidigung zugrunde gelegt. Nach Art. 87a GG stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings weit mehr als die herkömmliche Verteidigung an der Landesgrenze. Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr begrenzen.«⁵³

Wieder offener ökonomisch wird der imperialistische Anspruch Deutschlands im von der CDU/CSU/SPD-Regierung zu verantwortenden Weißbuch der Bundeswehr 2006 begründet: »Der Prozess der Globalisierung erfasst weltweit alle Staaten und Gesellschaften. Die Entfaltung und zunehmende Vernetzung internationaler Handels-, Investitions-, Reise-, Kommunikations- und Wissensströme eröffnen in erster Linie neue Chancen. Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.«⁵⁴

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien der CDU/CSU/FDP-Regierung von 2011 heißt es dann: »Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören:

- Krisen und Konflikte zu verhindern, vorbeugend einzudämmen und zu bewältigen, die die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten beeinträchtigen;
- [...]
- für die internationale Geltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze einzutreten, das weltweite Respektieren des Völkerrechts zu fördern und die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu reduzieren;
- einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.«⁵⁵

Zurzeit laufen 18 Auslandseinsätze der Bundeswehr, verteilt auf die Regionen Afghanistan/Usbekistan, Afghanistan, Kosovo, Horn von Afrika, Türkei, Mali, Libanon, Südsudan, Sudan, Zentralafrikanische Republik, Senegal/Mali, 2 in Somalia, Westsahara, Demokratische Republik Kongo, Mittelmeer, Westafrika, Irak.

Bei den Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak nutzte die deutsche CDU/CSU/SPD-Regierung die verzweifelte Lage der Kurd_innen beim Kampf gegen die Mörderbanden des Islamischen Staat (IS) aus, um mit der Vorgabe, deutsche Waffen nicht in Krisengebiete oder gar ein Kriegsgebiet zu liefern, zu brechen.

So wird keine Gelegenheit ausgelassen, den imperialistischen Handlungsspielraum für deutsche Interessen auszuweiten.

Was noch fehlt, ist ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat. Bisher ist es keiner deutschen Regierung gelungen, diese Trophäe zu erringen, die innerimperialistischen Widersprüche sind zu groß. Für die Jahre 2019/2020 strebt die CDU/CSU/SPD-Regierung an, bei der dann anstehenden Wahl wieder einen der rotierenden Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erringen.⁵⁶

In Afrika macht die Bundeswehr gemeinsame militärische Sache mit den ansonsten imperialistischen Konkurrenten Großbritannien und Frankreich beim Versuch, das ökonomische Engagement der USA und der chinesischen Regierung, die auch in die Infrastruktur in Afrika investiert, zurückzudrängen.

Die deutsche Regierung erhebt für das deutsche Kapital Ansprüche mindestens auf einen Teil der Arktis, deren Bodenschätze aufgrund der schmelzenden Eisdecke demnächst aufgeteilt werden können zwischen den imperialistischen Konkurrenten. Obwohl Deutschland keinerlei Berührung zur Arktis hat, ist die deutsche Regierung als »ständiger Beobachter« im Arktischen Rat vertreten. Dieser soll über die Verteilungsfragen entscheiden.⁵⁷

Wo Krieg ist, wird gestorben – auch auf Seiten der Angreifer_innen. Eine weitere Station in der zunehmenden Enthemmung hin zu einer breiten Akzeptanz kriegerischer Gewalt ist der Umgang mit den im Krieg getöteten deutschen Soldat_innen. Für sie wurde 2014 auf dem Gelände des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in der Henning-von-Treskow-Kaserne in Geltow in der Nähe von Potsdam eine zentrale Gedenkstätte errichtet. Im sogenannten »Wald der Erinnerung« wird das mörderische Treiben der Bundeswehrosoldat_innen, die dabei ums Leben kamen, u. a. mit Kriegssymbolen wie dem Eisernen Kreuz als Heldentat verherrlicht. Von den Opfern der Bundeswehr ist hingegen nirgends etwas zu sehen.⁵⁸ Neben der Selbstinszenierung der Bundeswehr dient das Kriegerdenkmal in erster Linie der Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an immer mehr getötete deutsche Soldat_innen weltweit, als alltägliche Normalität.

Die Hegemonie für kriegerisches Vorgehen soll, neben dem schrittweisen Schaffen von Tatsachen, auf ideologischer Ebene durch den Geschichtsrevisionismus geschaffen werden.

Früher haben solche Positionen noch in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft einen Historiker_innenstreit ausgelöst. Heute werden Positionen gegen den Geschichtsrevisionismus in der Medienöffentlichkeit kaum noch wahrgenommen. Den Herrschenden geht es darum, dem deutschen Imperialismus einen sauberen Mantel zu stricken.

Dafür geben sich immer wieder willfährige Ideolog_innen her. Ein Beispiel ist der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, der die These Fritz Fischers von der deutschen Allein- oder Hauptschuld aufgrund angeblich neuerer Erkenntnisse zurückweist, indem er bestreitet, dass die deutsche Politik vor dem Ersten Weltkrieg von den Interessen des deutschen Kapitals geleitet war. Die Akteure sind sozusagen aus Versehen in den Krieg hineingeschlittert: »Man kann den Ersten Weltkrieg als Verkettung von Fehleinschätzungen, Missgriffen, Illusionen und gutgemeinten Irrtümern denken. Das meine ich mit Kompendium: ein Lehr- und Warnstück gegen eine Politik, die glaubt, durch Aufrichtigkeit und Gutherzigkeit werde schon alles gut werden.«⁵⁹

Auch der revisionistische Ansatz des Geschichtswissenschaftlers Christopher Clark beruht auf der Annahme, dass der Krieg letztlich das Ergebnis einer Kette von Entscheidungen ganz unterschiedlicher Beteiligten war, die in der Summe unwillkürlich zum Krieg führte. In der Einleitung zu seinem Buch »Die Schlafwandler« schreibt er: »Das vorliegende Buch [...] befasst sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam. [...] Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem Warum ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.« Er fährt fort, nicht ohne den Imperialismus

auszulassen: »Nationalismus, Rüstung, Bündnisse und Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber man kann ihnen lediglich dann eine echte erklärende Bedeutung beimessen, wenn man aufzeigen kann, dass sie Entscheidungen beeinflussten, die – zusammengenommen – den Krieg ausbrechen ließen.«⁶⁰

Dagegen hatte Fritz Fischer gerade auch mit Selbstzeugnissen deutscher Akteure belegt, dass der Weltkrieg aufgrund der imperialistischen Interessen von den deutschen Regierungsvertretern bewusst provoziert wurde.⁶¹

Die Eröffnung des neuen Gebäudes der EZB in Frankfurt/Main am 18. März 2015 bot eine gute Gelegenheit, die Ansätze ökonomischer Durchdringung und des Niederhaltens der kapitalistischen Peripherie in Süd- und Südosteuropa breit zu thematisieren und dabei die verheerende Rolle der deutschen Großmachtsprüche deutlich zu machen.

Beim 70. Jahrestag der Befreiung vom NS-Faschismus wird es zu einem verstärkten ideologischen Kampf um die Deutungshoheit, wie es zum NS-Faschismus kommen konnte, kommen. Gewiss wird auch dann wieder der Mythos eine Rolle spielen, der Versailler Vertrag sei eine unzumutbare Schmach für die Deutschen gewesen und von daher ihre Hinwendung zur faschistischen NS-Ideologie ein Stück weit von den Alliierten mitverschuldet. Hier gilt es, mit Aufklärung und Aktionen dagegenuhalten, wenn sich das geläuterte Deutschland als immer mehr wieder bestimmender Teil der sogenannten internationalen Gemeinschaft inszenieren will.

Beim G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau müssen wir den Widerstand gegen die innerimperialistische Verständigung auf gemeinsame Ziele organisieren, die unter neuerlicher Ausgrenzung Russlands durchgezogen werden wird.

Im Zusammenhang mit 25 Jahren deutscher Zwangsvereinigung und den nationalistischen Feiern am 3.10. in Frankfurt/Main werden 2015 imperialistische Ansprüche weiter steigen. Aus der Rechtfertigung, dass Deutschland bzw. die BRD sich als Demokratie und Hüterin der Demokratie bewährt hat, soll das Recht des deutschen Imperialismus zum kriegerischen Handeln abgeleitet werden.

Insgesamt muss die radikale Linke alle sich bietenden Anlässe wahrnehmen, um zu polarisieren, Geschichtsrevisionismus, Chauvinismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zu entlarven und diese ideologischen Versatzstücke immer wieder soweit zurückdrängen, dass es für die politischen Vertreter_innen imperialistischer Interessen möglichst schwierig ist, die weltweiten imperialistischen Angriffe zu legitimieren.

Dabei ist es wichtig, auch antikapitalistische Anknüpfungspunkte und ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das noch Platz lässt für emanzipatorische Vorstellungen.

Unser Ziel ist und bleibt eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft. Uns geht es darum, für eine im Prozess der sozialen Revolution grundlegend sich verändernde Gesellschaft zu kämpfen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Waren, ohne Geld und Lohnarbeit. Eine Gesellschaft, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zur Konkurrenz, zu Egoismus, Ellenbogengesellschaft, Konsum und Naturzerstörung. Nur wenn Menschen einer solchen Gesellschaft gemeinsam zum Durchbruch verhelfen, können sie die emanzipatorischen Potenziale der technologischen Errungenschaften nutzbar machen.

Wie es heute ist, kann es nicht bleiben. Dass Menschen sich kaputt arbeiten, dass Produkte minderwertig und rasch unbrauchbar sind, ist ein Teil der zerstörerischen Logik des Kapitalismus. Die auf immer mehr Profit ausgerichtete Technik, die Menschen, die sie bedienen müssen, kaputt macht, kann ersetzt werden durch Maschinen, die dem Menschen dienen. Die können so konzipiert werden, dass sie unangenehme, stupide, inhumane und krankmachende Arbeit übernehmen. Wenn Menschen über alles, was sie zum Leben brauchen, jederzeit verfügen können, wird es sinnlos Dinge/Gebrauchsgüter und Besitz auf Vorrat anzuhäufen. Wer sollte dann ein Interesse daran haben, Statussymbole zu produzieren? Wenn überflüssiger Besitz keine Rolle mehr spielt, wenn Bedürfnisse sich verändern, wird eine Vielzahl an Produktivkräften frei und die Arbeitszeit wird für alle kürzer. Die natürlichen Ressourcen können geschont werden. Dafür wollen wir eine antiautoritär organisierte Gesellschaft mit basisdemokratisch geplanter Produktion, in der technologische Errungenschaften genutzt werden, die Natur zu schützen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und die Menschen von überflüssiger, unangenehmer, krank machender Arbeit zu befreien.

Destruktivkräfte, also Technologien, die in keiner humanen Zukunftsgesellschaft brauchbar sind, weil sie nur dem Profit des Kapitals dienen, können beseitigt werden. Die Aneignung von Produkten dient dann einer guten Versorgung der Menschen und nicht mehr dem Konsum zur Kompensation eines fremdbestimmten, frustrierenden Lebens und Arbeitens. Damit schrumpft das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit wächst. Gleichzeitig verändern sich die Beziehungen der Menschen untereinander vollständig. Es bringt keinen individuellen Nutzen, andere übervorteilen zu wollen. Arbeit hört auf, notwendiges Übel zu sein und wird zum Tätigsein. Befreite Arbeit verliert ihre scharfe Trennung zur freien Zeit für die unter den heutigen Bedingungen von Ausbeutung und Entfremdung wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss.

In dieser Arbeit kann der Mensch zu sich selbst finden, Fähigkeiten erlernen und erproben, Erfahrungen sammeln und austauschen, Kreativität entfalten, und gesellschaftlich Nützliches tun. In einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft ist Arbeit ein wesentlicher Teil praktischer Solidarität. Was und wie produziert wird entscheiden wir gemeinsam. Radikal verwirklichter Humanismus, nichts anderes ist laut Marx der Kommunismus, ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwangs möglich.

Redaktionell überarbeiteter Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken am 13./14. Dezember 2014 in Köln